



Eines steht jetzt schon fest: In der Region werden in den kommenden Jahren viele Windkraftanlagen entstehen – bisher gibt es insgesamt nur 27 Rotoren.

Foto: dpa

76 Windkraft-Standorte sind noch im Rennen

Energiewende Der Regionalverband hat die Zahl der Vorranggebiete reduziert – 25 Areale fallen nun definitiv weg. Doch der Artenschutz, die Flugsicherung und das Wetterradar werden dafür sorgen, dass es auch bei der abgespeckten Liste nicht bleiben wird. *Von Thomas Falltin*

Die Regionalräte sind nicht zu beneiden: Sie müssen bis zum Planungsausschuss am Mittwoch ein buchedickes Paket an Unterlagen durcharbeiten, was die Freizeitpolitiker einige Abende kosten wird. Spannend ist die Lektüre aber, denn endlich erfahren die Räte und in der Folge auch die Bürger genauer, wo Hunderte von Windkraftanlagen in der Region gebaut werden könnten. 70 von ursprünglich 95 Standorten sind übrig geblieben; sechs weitere sind neu hinzugekommen. Je nach Areal lassen sich ein bis 25 Windräder bauen. Doch vieles ist weiter im Unklaren.

47 Standorte bleiben unangetastet

Exakt 47 Standorte bleiben in unveränderter Größe auf der Agenda. Zunächst hatte es so ausgesehen, dass diese Zahl kleiner ausfallen würde, da die Untere Naturschutzbehörde im Rems-Murr-Kreis ein Veto für 16 von 35 Standorten ausgesprochen hatte, da diese in Landschaftsschutzgebieten liegen. Nun wird die Hälfte davon weiterverfolgt. Die Standorte selbst sind extrem unterschiedlich – die kleinsten umfassen zwei Hektar, die größten liegen bei Lauterstein (Kreis Göppingen) mit 460 Hektar und nördlich von Altbach und Plochingen (Kreis Esslingen) mit 270 Hektar. Der Tauschwald bei Feuerbach, der letzte verbliebene Standort neben dem Grünen Heiner in Stuttgart, ist 12,4 Hektar groß.

Allerdings muss Thomas Kiwitt, der beim Verband Region Stuttgart (VRS) die Planungen vorantreibt, einräumen, dass für alle diese Standorte ein Restrisiko bleibe. Erstens sind die Untersuchungen zum Artenschutz, deren Ergebnisse die Landesanstalt für Umwelt im Mai vorlegen wollte, noch nicht abgeschlossen. Es soll Herbst werden. Zweitens weigert sich derzeit die Flugsicherung, Aussagen zu machen – erst im konkreten Genehmigungsverfahren will sie sich zu den einzelnen Standorten äußern. Zum Beispiel wird ein Gebiet auf der Deponie bei Leonberg weiterhin in den Karten geführt, obwohl die Gefahr groß ist, dass die Flugsicherung es ablehnt.

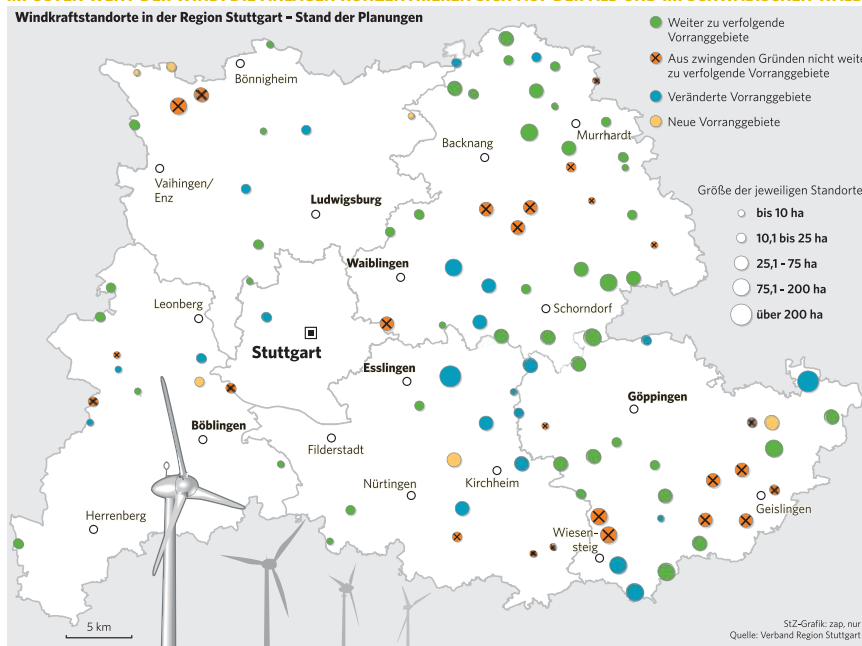
Drittens ist unklar, wie stark das Wetterradar bei Türkheim (Kreis Göppingen) die Pläne beeinflusst: Sollte es so kommen, dass im Umkreis von 15 Kilometern keine Windräder zulässig wären, fielen rund zehn teils große Standorte weg. „Das würde gewaltig ins Kontor schlagen“, sagt Kiwitt.

23 weitere Gebiete wurden verändert

Bei 23 weiteren Gebieten wird das Verfahren ebenfalls vorangetrieben, doch sind sie verschoben oder verkleinert worden – meist aus Gründen des Landschaftsschutzes oder weil es, wie bei der Buocher Höhe nahe Waiblingen, von einer Einrichtung für Krebspatienten weggerückt werden soll.

Die Einsprüche von 3500 Bürgern sind dagegen grundsätzlich noch nicht berücksichtigt. In einer langen öffentlichen Liste wurden alle Eingaben zwar bereits bewertet, aber diese eher „weichen Gründe“, so Kiwitt, könnten erst in die Gesamtabwägung einfließen, wenn die harten Faktoren, wie eben das Wetterradar, klar seien.

IM OSTEN WEHT DER WIND: DIE ANLAGEN KONZENTRIEREN SICH AUF DER ALB UND IM SCHWÄBISCHEN WALD



Sechs Standorte sind ganz neu

Kommunen und Bürgerinitiativen haben 47 zusätzliche Standorte für Windräder angeregt; davon hat der VRS nun 41 schon wieder ausgeschlossen, weil der Wind nicht stark genug blase oder weil der Abstand von 700 Metern zur nächsten Bebauung nicht eingehalten werde. Sechs Standorte sind übrig geblieben. Für sie muss aber ein neues Verfahren mit Anhörung und Ofenlegung gestartet werden.

25 Gebiete sind sicher ausgeschieden

Vor allem aus Gründen des Landschaftsschutzes hat der Verband 25 Standorte ganz fallen gelassen. Die Bernhartshöhe in Stuttgart wurde wegen der Nähe zum Flughafen gestrichen. Insgesamt ist Kiwitt aber zufrieden: „Die Zahl der Standorte ist ein Beitrag der Region zur Energiewende, der weit über den Landesdurchschnitt hinausgeht. Wir tun, was wir können.“ Ein endgültiger Beschluss über die Standorte wird frühestens Anfang 2014 gefasst. Zumindest kann in jenen Gebieten, die völlig unstrittig sind, schon jetzt mit den notwendigen Vorarbeiten begonnen werden. Allerdings – eindeutig sind nur ganz wenige Standorte.

Das Unterlagenpaket finden Sie unter <http://stzlinx.de/windrad>

Kommentar

Jeder plant für sich allein

Windenergie Der Regionalverband hat bei den Planungen Erstaunliches geleistet – aber wo ist eigentlich die politische Debatte zur Windkraft? *Von Thomas Falltin*

Wer die Unterlagen des Regionalverbandes zur Windkraft durchblättert, kommt aus dem Staunen nicht mehr heraus: Tausende von Stellungnahmen sind eingeholt, gelesen und bewertet worden; und Abertausende von Fakten zu Landschaft, Klima, Luftverkehr oder Militärbelangen wurden berücksichtigt.



Was für ein Kraftakt! Die Planungen erwecken damit den Eindruck, als sei ein objektives und deshalb unantastbares Verfahren im Gange. Aber das stimmt nur bedingt. Wer hat zum Beispiel den Mindestabstand eines Windrades von 700 Metern zur nächsten Wohnbebauung festgelegt? In Hessen sind 1000 Meter Pflicht, Bayern fordert sogar 2000 Meter. Auch die Definition der „Landmarken“ als Tabuzone für Räder ist nicht transparent.

Und das Problem geht tiefer. In der Region Stuttgart werden vermutlich weit mehr Windräder als bei den Nachbarn errichtet. Doch in der Regionalversammlung ist nie darüber diskutiert worden, ob man das überhaupt will. Müsste die Region wegen der dichten Besiedelung und der vielen Industrie nicht im Gegenteil eher einen Abschlagen bekommen? Das wäre eine politische Frage, doch die Regionalräte überlassen dieses Thema alleine der Verwaltung. Auch der Landesregierung war es nur um das schnelle Bauen gegangen; sie hat keine politische Debatte über die Grundlagen zugelassen. Man könnte sogar noch weiter fragen: Ist es überhaupt sinnvoll, dass jede Region für sich plant? Wo ist das landesweite, das bundesweite Konzept? So wuchert die Energiewende mehr, als dass sie wächst.